

01.05.2021

1. Mai 2021: „Solidarität ist Zukunft“

„Solidarität ist Zukunft“ - so lautete das Motto der DGB-Gewerkschaften zum diesjährigen Tag der Arbeit. Zum zweiten Mal hat uns die Corona-Pandemie dazu gezwungen, dem 1. Mai ein anderes Gesicht zu geben als das Übliche. Maskenpflicht und „Steh-Ordnung“ inklusive.



Mit einem abwechslungsreichen Programm aus Politik, Kultur-Acts, Talks und Mitmachaktionen hatte der DGB an den Erfolg des digitalen Tags der Arbeit im vergangenen Jahr angeknüpft. 2020 konnten erstmals in der

Geschichte des Gewerkschaftsbundes keine Mai-Kundgebungen auf Straßen und Plätzen stattfinden. Im diesjährigen DGB-Livestream stand das Thema Solidarität im Mittelpunkt.

Mit Bildern von Mai-Aktionen aus vielen Städten, mit Statements von Gewerkschaftsmitgliedern und Beschäftigten aus ganz Deutschland, mit Forderungen der Gewerkschaften an die Parteien für eine gerechtere Politik im



Bundestagswahljahr und mit der klaren Botschaft: Die Krise meistern wir nur gemeinsam - denn Solidarität ist Zukunft.



Michael Vassiliadis

Aufgeben und Absagen war in Berlin auch in diesem Jahr keine Option. Für die Berliner Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter war klar, dass es ein öffentliches und sichtbares Zeichen der Solidarität auch in diesem Jahr geben muss. Denn nach einem Jahr Pandemie stellt

sich mehr und mehr die Frage, wie die Folgen dieser historischen Krise bewältigt werden. „Dieses Land hat eine Tradition der Solidarität und das muss auch künftig Prinzip des gesellschaftlichen Handelns sein“, stellte IGBCE-Chef Michael Vassiliadis als Hauptredner in Berlin klar. „Wir brauchen Zusammenhalt statt Vereinzelung. Die Pandemie hat gezeigt, wie viele verschiedene Rädchen ineinandergreifen, damit unser tägliches Leben funktioniert. Und dafür arbeiten überall Kolleginnen und Kollegen von uns.“

Als Interessenvertreter dieser Beschäftigten in allen Branchen seien die Gewerkschaften wichtiger denn je, so Vassiliadis. „Wenn wir als Gewerkschaften gestalten können, greifen wir zu. Wir brauchen aber auch Partner in der Politik, für die wir kein Fremdwörterbuch mitbringen müssen, wenn wir über den Sozialstaat oder über Mitbestimmung reden.“

FOTOGALERIE



VIDEO

